

# Ohne den Umweg einer Stiftung

Landtagsfraktion der LINKEN bleibt bei ihrer Kritik an der Stiftung FamilienSinn: Notwendige Abwicklung nicht behindern!

**Die Auflösung der umstrittenen Landesstiftung Familiensinn hatte die LINKE-Landtagsfraktion nach der Bekanntgabe des Rückzugs von Kurator Stefan Illert gefordert. Dass nun die Landesregierung beabsichtigt, die Stelle neu auszuschreiben, wie die Thüringer Sozialministerin in der Sitzung des Sozialausschusses im Landtag am 16. Februar bestätigte, wird von der Fraktion natürlich kritisch bewertet.**

„Solange die Stellungnahme des Landesrechnungshofes zur Rechtmäßigkeit der Stiftung nicht vorliegt, sollte die Stelle nicht neu besetzt werden“, hatte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der LINKEN, nach der Sitzung gefordert. „Andernfalls würden Fakten geschaffen, die eine eventuell notwendige Abwicklung der Stiftung – durch neue vertragliche Verpflichtungen einer unbefristeten Stelle – unnötig behindern.“

Die derzeit kommissarisch besetzte Stelle des Kurators könnte solange fortgesetzt werden, bis die Frage geklärt sei, ob die Stiftung nach Ansicht des Rechnungshofes aufgelöst werden müsse oder weiterarbeiten solle. „Wir verstehen nicht, warum ein Zustand

zementiert werden soll, der möglicherweise rechtswidrig ist“, hatte die Abgeordnete betont. Mögliche juristische Probleme zu ignorieren, nur weil der Fortbestand der Stiftung im Koalitionsvertrag vereinbart sei, habe mit verantwortungsvollem Regierungshandeln nichts zu tun.

Positiv hingegen bewertete die LINKE Gleichstellungspolitikern die Überlegung, dass Elternbildung nicht allein für aktive Eltern angeboten werde, die Interesse, Zeit und Geld aufbrächten, um zentrale Angebote anzunehmen.

## Undemokratisches Gebilde

„Bildungsangebote müssen vor Ort und dort sein, wo Eltern sowieso hinkommen, wie z.B. in Kitas“, sagte Karola Stange. Diese Einsicht sei nun anscheinend auch bei der Landesregierung angekommen. „Das ändert aber nichts an unserer Stiftungskritik. Für wohnortnahe, niedrigschwellige Bildungsangebote wird keine Stiftung benötigt.“

Bereits am 9. Februar hatte Matthias Bärwolff, sozialpolitischer Sprecher der Linksfraction, gefordert, dass sich

der Sozialausschuss mit dem Thema befassen müsse. Er bezeichnete die Stiftung als „ein undemokratisches Gebilde, das erschaffen wurde, um Familienpolitik weit weg von der parlamentarischen Kontrolle zu betreiben“. Nachdem der Landtag der Stiftung den Kapitalstock weggekürzt hat, bleibe ein Wasserkopf übrig, dessen Aufgaben auch vom Ministerium direkt erledigt werden können, ohne den Umweg einer Stiftung gehen zu müssen.

Die Stiftung FamilienSinn stand seit ihrer Gründung 2005 durch die CDU-Alleinregierung in der Kritik vor allem auch durch die LINKE im Thüringer Landtag, protestiert hatte besonders das Bündnis des Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik. Von den Erträgen des Stiftungskapitals in Höhe von 34 Millionen Euro sollten familienpolitische Leistungen wie Urlaubszuschüsse oder Elternbildung unabhängig vom Landeshaushalt finanziert werden. Nunmehr hieß es aus dem Sozialministerium, dass das Millionenkapital wieder zurück ans Land fließt und im Gegenzug die Stiftung mit jährlichen Zuschüssen finanziert wird. Sie sei jetzt stärker an inhaltliche Vorgaben des Ministeriums gebunden. ■



## Gauck grotesk strittig

Angela Merkel rief – und ein Hauch von 1914 wehte durchs Land. Damals hatte Kaiser Wilhelm II. betont: „Ich kenne keine Parteien mehr, kenne nur noch Deutsche“. Das schloss die Sozialdemokratie ein, im kommenden Krieg brauchte man die Arbeiter als Kanonenfutter. Die Reichsparteien nahmen Haltung an, die SPD trat stramm ins Glied und stimmte – von wenigen Aufrechten abgesehen – den Kriegskrediten zu. Wilhelms „Burgfrieden“ führte in die Katastrophe, man ging, wie der Kaiser in seiner Rede angekündigt hatte, „durch Not und Tod“.

Alle Bundestagsparteien mochte Angela Merkel diesmal nicht vorladen. Die Linkspartei blieb außen vor, was sich als Glücksfall erweist. Sie kann selbstbewusst sagen, an der Inthronisierung eines Joachim Gauck nicht beteiligt gewesen zu sein. Schuld an dem Elend tragen andere.

Denn nun wird es ernst mit dem „Kandidaten der Herzen“, auch wenn Merkel sich zierte. Doch daran erinnert sich bald niemand mehr. Ein Sigmar Gabriel aber dürfte, wenn der Rausch, Merkel geärgert zu haben, verfliegen ist, merken, dass Gauck ihn und seine Partei letztlich verachtet. Es lässt auch aufhorchen, dass von Gauck stets als vom „ehemaligen Bürgerrechtler“ gesprochen wird. Die wiederkehrende Phrase ist nicht der Denkfaulheit der Journalisten geschuldet, der künftige Ersatzmonarch des durch die Krise beunruhigten Bürgertums ist tatsächlich vor allem „ehemalig“. Ein Ende der deutschen Kriegseinsätze, Zügelung der Finanzzocker, eine solidarische Gesellschaft – bei Gauck alles Fehlanzeige. Der Kandidat spaltet, er ist grotesk gestrig und bei vielen kommt der Kater bestimmt.

Man dürfe nicht erwarten, er sei ein Supermann und fehlerloser Mensch, hat Gauck in einer ersten Stellungnahme geäußert. Das muss ihm schmerzlich gefallen sein. ■

## Alternative-Spende für „Wendepunkt“



Im Namen der Alternative 54 e.V. übergab der Landtagsabgeordnete Dieter Hausold (DIE LINKE) gemeinsam mit Ines Zipfel, Landratskandidatin der LINKEN im Landkreis Greiz und Kreistagsmitglied, sowie Marlies Jakat, eine Spende von 400 Euro an die Leiterin des Fördererschulzentrums Wendepunkt in Bad Köstritz, Martina Laube. Schon zum zweiten Mal hilft die Alternative damit dem Fördererschulzentrum bei der Verwirklichung von Projekten. Diesmal ist die finanzielle Unterstützung für eine Ausfahrt der Schülerinnen und Schüler sowie die Beteiligung an einem Surflager geplant. Die Alternative 54 e.V. ist ein Zusammenschluss der Landtagsabgeordneten der LINKEN, die sich gegen den im Artikel 54 der Thüringer Landesverfassung verankerten Selbstbe-

dienungsautomatismus wehren und die regelmäßigen Diätenerhöhungen an gemeinnützige Vereine und Initiativen spenden. Auf diese Weise konnten seit 1995 schon über 700.000 Euro für soziale Projekte auch im Bereich des Sports und der Kultur solidarisch durch DIE LINKE zur Verfügung gestellt werden. *Andreas Schubert*

„Wir sind ein Jugendhilfezentrum mit heilpädagogischen Angeboten für Jugendliche von 10 bis 21 Jahren in familiären, emotionalen und psychosozialen Krisensituationen. In unserer Einrichtung bieten wir, zu unseren sozial- und heilpädagogischen Angeboten, zusätzlich ein kombiniertes Beschulungs- und Unterbringungsangebot an.“

(aus [www.wendepunkt-ev.net](http://www.wendepunkt-ev.net)) ■

## Kieler Erklärung

Der Parlamentariertag der LINKEN, bei dem am 16./17. Februar 2012 in Kiel über 150 Abgeordnete aus Europaparlament, Bundestag und Landtagen über Aufgaben und Ziele der LINKEN für eine Politik des Friedens, der Demokratie und sozialen Gerechtigkeit in der Wirtschafts- und Finanzkrise beraten haben, hat einstimmig eine „Kieler Erklärung“ beschlossen.

Unter anderem wird darin gefordert, die Abhängigkeit der Staatshaushalte von den Finanzmärkten dringend aufzubrechen. Geeignet dafür wäre eine direkte Kreditvergabe an Staaten. „Die großen privaten Banken sind zu verkleinern und öffentlich-rechtlich zu gestalten“, heißt es.

In vollem Wortlaut kann die Erklärung auf den Internetseiten der Thüringer Linksfraction nachgelesen werden: [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de) ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE, Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416  
E-Mail: [rudolph@die-linke-thl.de](mailto:rudolph@die-linke-thl.de)  
Internet: [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.